

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der. Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 4. Juni 1932 Nummer 129

## In Millioneneinheitsfront für die Antifaschistische Aktion!

# Der Reichstag ist aufgelöst!

## Papen-Schleicher beginnen mit Durchführung ihres faschistischen Programms . Nazis unterstützen das Kabinett und sollen dafür Preußenregierung erhalten . Auf zum außerparlamentarischen Kampf!

Berlin, 4. Juni (Eig. Draht)

Später abend hat das Reichskabinett die Auflösung des Reichstages beschlossen, nachdem der Reichspräsident von Hindenburg bereits im Laufe des Tages das Auflösungsdekret angenommen hatte. Die Veröffentlichung dieser Verfügung soll noch heute, Sonnabend, erfolgen. Der Termin der Neuwahlen ist noch nicht bekannt, sie werden aber voraussichtlich Mitte oder Ende Juli stattfinden.

Nebenher mit der Veröffentlichung des Dekrets zur Reichstagsauflösung wird das Diktaturkabinett von Papen sein Regierungsprogramm bekanntgeben, das sich besonders mit der Frage der finanziellen Sicherstellung des Reichshaushaltetats und der Tributpolitik und der Paulaner Konferenz beschäftigen wird.

In enger Verbindung mit der Frage des Reichshaushaltetats steht die Frage der Arbeitslosenversicherung, der Sozialversicherung und des Steuerproblems. Welche Maßnahmen hier bevorzugen, haben wir bereits vor einigen Tagen berichtet. Ueber die Tributpolitik und die Stellung der Regierung zur Paulaner Konferenz ist nur zu sagen, daß auch in der Zukunft keine Erleichterung der Tributverpflichtungen eintreten wird, aber um so mehr der Kurs gegen die Sowjetunion verstärkt werden soll.

Die Aufhebung des SA-Verbotes steht ebenfalls unmittelbar bevor. Den Nationalsozialisten soll noch in den nächsten Tagen Gelegenheit gegeben werden, ihre Terrororganisationen gegen die Arbeiterfront wieder aufzurichten.

Nach der Ablehnung des Vorschlags der Sozialordnung im Preussischen Landtag, wird in verkürztem Maße an der Regierung der Plan kommen, Herrn von Papen selbst oder den Innenminister von Engel als Reichskommissar für Preußen einzusetzen. Viele Diktaturlösung wird jetzt auch von dem „Völkischen Beobachter“ Hitlers auf das heftigste propagiert.

Die ersten Vorbereitungen des Diktaturkabinetts der Trulitz-Regierung, der oligarchischen Junker- und Reichswirtschaftler, sind bereits den verschiedensten faschistischen Charaktere durchdrungen. Ihre ersten Taten betreffen die Vorbereitung der Nationalsozialisten, deren Erfüllung als Gegenleistung für Unterstützung der Regierung verlangt wurde. In der nächsten Nummer des Reichstages wird aufgelöst, damit ist die erste Notwendigkeit erfüllt. Die SA soll in den nächsten Tagen wieder legalisiert werden, die Arbeiterfront ausmarschieren und ihre terroristischen Handlungen ausüben können, damit wird auch die zweite Notwendigkeit erfüllt. So zeigt sich sehr schnell die enge Verbindung des Diktaturkabinetts der „nationalen“ Konzentration mit den Faschisten und deren nationalsozialistischen Verbündeten. Sie ist nicht nur eine Sturmmannschaft gegen die deutsche Arbeiterfront, sondern auch ein Hauptglied gegen die Sowjetunion und die Arbeiterfront. Die SA und SS sollen die Säule der Unterdrückung der schamhaften Reaktionen und Schamfächer der Arbeiterfront sein. Die Durchführung ihres Hunger- und Kriegsprogramms ist mit der Verherrlichung des „Hitlerismus“ aller Arbeitenden verbunden. Der Reichspräsident, Herr Hindenburg, hat „kleineren Uebel“ der SPD gegenüber, die Unterstützung der Arbeiterfront hat, die er jedoch nicht ablehnen will, und enger ausspricht werden. Zwischen den Schleicher- und dem misslichen Führer der Regierung ist ein Vertrag, wie „Der Freitag“, das Organ der christlichen Arbeiterfront, mittels „auslieferungsbildende Abmachungen“ geschlossen worden, die weit über die vorerwähnten Neuwahlen hinausgehen. Danach verpflichten sich die Nazis, diejenige Partei zu unterstützen, die als Übergangs- oder Wahlkabinett, indem sie die Reichstagswahlen zu unterstützen.

über die Weimarer Verfassung und Demokratie, wie wir sie in der SPD-Presse finden. Damit wird nur die Arbeiterfront abgelehnt und stattdessen eine Hilfstellung für die verächtliche Kapitalabstufung eingenommen. Ebenbenenig billigt es, die Arbeiter auf die Reichstagswahlen zu verpflichten. In all diesen Methoden zeigt sich nur, daß die SPD ihre internationalistische Haltung gegenüber dem Regime von Papen, von Engel, von Schleicher ausnutzt, um die Arbeiter vor dem einzig richtigen Weg, dem Weg des außerparlamentarischen Kampfes abzuhalten.

Diesem Weg gilt es aber gerade jetzt für alle Arbeiter zu beschreiten. Ueberall in den Betrieben, an den Stempelstellen, in allen Massenorganisationen der Arbeiter muß mobil gemacht werden. Von den Betrieben und Stempelstellen ausgehend muß in beschleunigtem Tempo die rote Einheitsfront errichtet und der Kampf gegen jede Diktaturmaßnahme der Bourgeoisie organisiert werden.

Sozialdemokratische, christliche und parteilose Arbeiter, auch alle geht es an. Jetzt besteht dem Ruf der KPD zur Antifaschistischen Aktion. Schließt euch zusammen mit den Kommunisten mit den NSD-Mitgliedern, den roten Sportlern und all denen, die in den revolutionären Massenorganisationen stehen. Nicht die Reichstagswahlen, sondern nur der Kampf ist entscheidend. Von euren Kampfbroschüren, von den Betriebs- und Stempelstellenaktionen zum politischen Massentest und Generalstreik, davon hängt ab, ob in Deutschland die Faschisierung weiter vorwärts schreitet oder aber die Arbeiterfront ihren Sieg über die Kapitalabstufung errichtet wird.

Die kommunistische Partei Deutschlands hat jetzt auf breiter Grundlage den Massenkampf gegen das Diktaturkabinett aufgerufen. In allen Städten und Gemeinden wird eine Art von öffentlichen Versammlungen und Kundgebungen einberufen. In sämtlichen parlamentarischen Körperschaften werden die Kommunisten die sogenannten Oppositionsparteien bilden und unverzüglich Kompensationsforderungen gegen die Papenregierung einbringen. Bis in den äußersten Winkel Deutschlands wird der kommunistische Ruf bringen:

**Jetzt mit der Papenregierung! Jetzt mit dem Regiment der Reichs!**  
**Schließt die Millioneneinheitsfront der Antifaschistischen Aktion!**

**Arbeiter! Nehmt einheitlich und geschlossen den Kampf auf gegen das Faschistenregiment, gegen Hunger und Krieg! Bemüht euch zum Kampf für die soziale und nationale Befreiung des deutschen arbeitenden Volkes.**

## Deutsche Freidenten gegen das Verbot der proletarischen Freidenten

DJB-Ortsgruppen Bannetitz und Löbau beschließen Kampf gegen Kulturreaktion

Die Protestbewegung gegen das Verbot des Verbandes proletarischer Freidenten nimmt täglich an Umfang zu. Die Kulturreaktion, die Arbeiterfront ausstößt auf den Vorstoß der Kulturreaktion.

Selbst im Deutschen Arbeiterverband zeigt sich die Sanktion der SPD-Bürokratie die Protestbewegung. Die Mitglieder erkennen immer mehr, daß das Verbot des VpF nicht nur ein Schlag gegen eine bestimmte Organisation ist, sondern daß die Reaktion die gesamte proletarische Kulturbewegung verurteilt. So blickt die Arbeiterfront gegen den Vorstoß der Kulturreaktion eine breite rote Einheitsfront zum Kampf gegen die Kulturreaktion.

### DJB-Ortsgruppe Bannetitz gegen VpF-Verbot

Die Ortsgruppe Bannetitz des Deutschen Arbeiterverbandes nahm in ihrer letzten Mitgliederversammlung einstimmig folgende Resolution gegen das Verbot des Verbandes proletarischer Freidenten an:

„Die am Sonnabend, dem 26. Mai 1932, vom Deutschen Arbeiterverband der Ortsgruppe Bannetitz und Umgebung hatgebenden Mitgliederversammlung protestieren gegen das Verbot des Verbandes proletarischer Freidenten. Wir erklären in dem Verbot, daß die Kulturreaktion, auf dem Gebiet der Kultur jede Meinungsäußerung zu unterdrücken, und daß dem Verbot des Verbandes proletarischer Freidenten weitere Verbote, wie das des Deutschen Arbeiterverbandes folgen sollen. Gegen diesen Handreich im Rahmen der verhängnisvollen Kulturreaktion erklärt die Ortsgruppe Bannetitz und Umgebung des Deutschen Arbeiterverbandes ihr erklärtes Streben.“

### Löbauer DJB-Mitglieder gegen das Verbot des VpF

Die am 26. Mai tagende Mitgliederversammlung des DJB-Ortsgruppe Löbau, beschloß sich unter anderem mit dem Beschluß:

Brüder! Kulturreaktion erlassenen Verbot der proletarischen Freidentenorganisation. Der Vorstoß der Kulturreaktion, der Kulturreaktion, dessen Inhalt jedem ebedigen Massenbewußten Arbeiter die Schamkote ins Gesicht jagen muß. Es wird in diesem Schreiben vor jeder Notwendigkeit gewarnt, die dazu beitragen könnte, den Widerstand der Arbeiter gegen die Kulturreaktion zu schwächen. So warnt vor den in anderen Ortsgruppen von oppositionellen Mitgliedern verlangten öffentlichen Protestversammlungen, vor Annahme öffentlicher Resolutionen gegen die Unterdrückung freier Meinungsäußerung und, was das Tollste ist, daß es den Mitgliedern empfiehlt, vorläufig die VpF-Mitglieder nicht zu fragen, weil — was hier und heute — die Gefahr des verdeckten Einsatzes und dadurch Unannehmlichkeiten für den Betroffenen bzw. für die Organisation einhergehen könnten.

Gen. E stellt dieses Gebot des Kulturverbandes vor den Mitgliedern in das gebührende Licht und wies darauf hin, daß sich auch hier, wie überall dort, wo sozialdemokratische Führer die Oberhand haben, das Verbot der Kulturreaktion als „kleineren Uebel“ geltend macht. Gegen einigen SPD-Mitgliedern war die Sache zu klarm. In den Ausführungen eines SPD-Arbeiters kam zum Ausdruck, daß die Mitglieder des Kulturverbandes gewillt sind, sich weiterhin in die Hände der Kulturreaktion zu verwickeln.

Die Arbeiterfront darf es aber nicht bei papierenen Versammlungen bewenden lassen. Nur die rote Einheitsfront kann den weiteren Vorstoß der Kulturreaktion Einhalt gebieten. Mobilisiert alle Gruppen der deutschen Freidenten! Schließt in jedem Ort Kirchenversammlungen! Organisiert die rote Einheitsfront gegen die Kulturreaktion, die wider den demokratischen Geistlichen Kultur zum Angriff gegen die Sowjetunion ist. Mobilisiert alle der Kirche müssen die Nationalen auf das Verbot des VpF sein.

Die ersten Vorbereitungen des Diktaturkabinetts der Trulitz-Regierung, der oligarchischen Junker- und Reichswirtschaftler, sind bereits den verschiedensten faschistischen Charaktere durchdrungen. Ihre ersten Taten betreffen die Vorbereitung der Nationalsozialisten, deren Erfüllung als Gegenleistung für Unterstützung der Regierung verlangt wurde. In der nächsten Nummer des Reichstages wird aufgelöst, damit ist die erste Notwendigkeit erfüllt. Die SA soll in den nächsten Tagen wieder legalisiert werden, die Arbeiterfront ausmarschieren und ihre terroristischen Handlungen ausüben können, damit wird auch die zweite Notwendigkeit erfüllt. So zeigt sich sehr schnell die enge Verbindung des Diktaturkabinetts der „nationalen“ Konzentration mit den Faschisten und deren nationalsozialistischen Verbündeten. Sie ist nicht nur eine Sturmmannschaft gegen die deutsche Arbeiterfront, sondern auch ein Hauptglied gegen die Sowjetunion und die Arbeiterfront. Die SA und SS sollen die Säule der Unterdrückung der schamhaften Reaktionen und Schamfächer der Arbeiterfront sein. Die Durchführung ihres Hunger- und Kriegsprogramms ist mit der Verherrlichung des „Hitlerismus“ aller Arbeitenden verbunden. Der Reichspräsident, Herr Hindenburg, hat „kleineren Uebel“ der SPD gegenüber, die Unterstützung der Arbeiterfront hat, die er jedoch nicht ablehnen will, und enger ausspricht werden. Zwischen den Schleicher- und dem misslichen Führer der Regierung ist ein Vertrag, wie „Der Freitag“, das Organ der christlichen Arbeiterfront, mittels „auslieferungsbildende Abmachungen“ geschlossen worden, die weit über die vorerwähnten Neuwahlen hinausgehen. Danach verpflichten sich die Nazis, diejenige Partei zu unterstützen, die als Übergangs- oder Wahlkabinett, indem sie die Reichstagswahlen zu unterstützen.

Gegen diesen reaktionären faschistischen Kurs helfen keine parlamentarischen Resolutionen und Erklärungen, sowie Wahldruckungen